Klimaklagen in den Ländern ohne Erfolg

Nach dem Bund wollten junge Klägerinnen und Kläger die Länder zu mehr Klimaschutz verpflichten.

KARLSRUHE. Das Bundesverfassungsgericht verpflichtet einzelne Bundesländer nicht dazu, mehr für den Klimaschutz zu tun. Die Karlsruher Richterinnen und Richter nahmen elf Verfassungsbeschwerden vorwiegend junger Menschen nicht zur Entscheidung an – diese hätten keine Aussicht auf Erfolg, teilten sie am Dienstag mit. Die von der Deutschen Umwelthilfe unterstützten Klägerinnen und Kläger hatten die Länder zwingen wollen, ihre Klimaschutzgesetze zu verschärfen oder welche zu erlassen. (AZ: 1 BvR 1565/21 u. a.)

Motiviert waren die neuen Klagen durch den aufsehenerregenden Karlsruher Klima-Beschluss aus dem Frühjahr 2021. Damals hatte der Erste Senat festgeschrieben, dass Klimaschutz auch eine Frage der Generationengerechtigkeit ist – handelt die Politik beim Erreichen ihrer Klimaziele heute zu zögerlich, geht das auf Kosten der Freiheit junger Menschen, die sich dann später umso mehr einschränken müssen. Der Bund musste daraufhin sein Klimaschutzgesetz nachbessern.

Oberstes Gericht verpflichtet einzelne Länder nicht dazu, mehr für den Klimaschutz zu tun.

Im Pariser Klimaschutzabkommen haben sich Deutschland und zahlreiche andere Staaten das Ziel gesetzt, die Erderwärmung deutlich unter zwei Grad zu halten, möglichst aber auf 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen. Daraus lassen sich bestimmte Mengen an Treibhausgasen ableiten, die noch ausgestoßen werden dürfen. Auf Länderebene seien solche Vorgaben derzeit nicht erkennbar, heißt es in dem neuen Beschluss aus Karlsruhe. Dies sei Voraussetzung für eine Verfassungsbeschwerde.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) begrüßte die „klarstellenden Hinweise". Das Gericht betone, dass die Klimaschutzziele des Bundes ohne Durchführungsmaßnahmen und eigene Gesetzgebung in den Ländern gar nicht zu erreichen wären. Die Deutsche Umwelthilfe forderte die Bundesregierung auf, „schnellstmöglich transparent festzulegen, welche Beiträge die Länder für die Einhaltung des Pariser Abkommens zu leisten haben".

Geklagt hatten Kinder und Jugendliche aus Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt. *dpa*

Deutschland will Afrika unterstützen

DÜSSELDORF. Deutschland will in vier afrikanischen Ländern den Aufbau von Corona-Impfstoff-Produktionen unterstützen. Gerade in Afrika müsse Impfstoff hergestellt werden können, auch wenn das kompliziert sei, sagte Entwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) am Dienstag nach einem Besuch der nordrhein-westfälischen SPD-Landtagsfraktion in Düsseldorf. Deutschland wolle beim Aufbau von Impfstoffproduktionen in Südafrika, Ghana, Ruanda und dem Senegal helfen. Eine Freigabe der Patente für Corona-Impfstoffe sieht Schulze kritisch. Wichtig sei, dass angesichts immer neuer Coronavirus-Varianten weiter an Impfstoffen geforscht werde. *dpa*

Amnesty-Bericht als antisemitisch gerügt

BERLIN. Jüdische Organisationen kritisieren einen Bericht von Amnesty International über Israel als antisemitisch. Der von der Amnesty-Zentrale in London veröffentlichte Bericht markiere einen Tiefpunkt in der Delegitimierung Israels, erklärte der Zentralrat der Juden in Berlin. Israel werde pauschal seit seiner Gründung als Apartheid-System eingestuft, der palästinensische Terror werde völlig außer Acht gelassen. Laut Amnesty Deutschland wirft Amnesty International in dem Bericht Israel vor, die Palästinenser systematisch zu diskriminieren. Die Menschenrechtsorganisation wirft Israel rechtswidrige Tötungen, exzessive Gewaltanwendung, rechtswidrige Zwangsräumungen, willkürliche Inhaftierungen oder die Missachtung des Rechts auf Rückkehr für palästinensische Flüchtlinge vor. *epd*

BaWü-Check

Die große Sorge Lernrückstände

Die Coronapolitik des Landes insgesamt und zwei Minister bekommen schlechte Noten für die Pandemiebewältigung.

Von Bärbel Krauß

STUTTGART. Die Ungewissheit, wie es angesichts der Omikron-Welle an den Schulen weitergeht, und die Widersprüchlichkeit und Kurzatmigkeit der baden-württembergischen Coronapolitik insgesamt gehen den Bürgern zunehmend an die Nieren. Das drückt die Stimmung und die Zustimmung zum Coronakurs der grün-schwarzen Landesregierung. Dies legt die aktuelle Meinungsumfrage im BaWü-Check offen.

1 Schule Wie seit Beginn der Pandemie haben die Schulen sich auch in der aktuellen Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach im Südwesten als schwierigstes Krisenfeld der Coronapolitik bestätigt. Sechzig Prozent der befragten Bürger im Land sind mittlerweile unzufrieden mit der Schulpolitik der grün-schwarzen Landesregierung in der Coronakrise. Seit der Vergleichsumfrage im Dezember 2020 ist die Zahl der Unzufriedenen noch einmal um drei Prozent gewachsen, während der Anteil der Zufriedenen in der gleichen Zeit von 34 auf 27 Prozent gesunken ist. Dass Eltern von Schulkindern noch ein wenig strenger urteilen, liegt auf der Hand: In dieser Gruppe ziehen mehr als zwei Drittel (68 Prozent) eine kritische Bilanz der Corona-Schulpolitik. Vor allem zwei Problemfelder bestimmen das Urteil der Befragten.

2 Corona-Rückstand Hauptsächlich geht die Unzufriedenheit der Eltern darauf zurück, dass ihre Kinder während der Lockdown-Phasen nicht Kompetenzen, sondern Wissenslücken erworben haben. Während Bildungsforscher schätzen, dass in ganz Deutschland rund ein Fünftel der Schüler Hilfe beim Nachlernen benötigt, um die Coronadefizite wieder aufzuholen, zeichnen die im BaWü-Check befragten Eltern ein dramatischeres Bild: Eine überwältigende Mehrheit von fast drei Vierteln sieht ihre Kinder mit dem Lernstoff im Rückstand. 33 Prozent diagnostizieren dabei sogar eine deutliche Lücke; vierzig Prozent gehen von einem „begrenzten Rückstand" aus. Nur ein Fünftel der Eltern (21 Prozent) meint, dass ihre Kinder beim Lernen im Lockdown gar keine Einbußen erlitten haben.

Foto: dpa/Bernd Weißbrod

Theresa Schopper ist der Hälfte der Bürger noch unbekannt.

3 Präsenzunterricht Gerade in der aktuellen Omikron-Welle stiftet das hohe Risiko von Klassen- und Schulquarantänen große Unsicherheit bei den Eltern von Schulkindern: Sie machen sich Sorgen über die Verlässlichkeit des Präsenzunterrichts und leiden nach der Interpretation der Meinungsforscher vor allem unter dem Verlust an Planungssicherheit in der Betreuungsfrage. 31 Prozent der Väter und Mütter machen sich große, 20 Prozent sehr große Sorgen, dass ihre Kinder in der nächsten Zeit wegen Corona kurzfristig nicht mehr in die Schule gehen können. Dabei halten rund zwei Drittel der befragten Bürger und der befragten Eltern den Grundsatzbeschluss für richtig, die Schulen und Kitas in der Pandemie weitgehend offen zu halten. Im Rückblick auf das letzte Quartal 2021 bewerteten 81 Prozent der Eltern den Unterricht zwischen Herbst- und Weihnachtsferien insgesamt als verlässlich. Ein Viertel berichtete, dass häufig einzelne Stunden ausgefallen seien. Die Erwartungen zum Präsenzunterricht prägen das Urteil über die Corona-Schulpolitik wesentlich: Die in dieser Hinsicht zufriedenen Bürger vertrauen mit großer Mehrheit auf einen verlässlichen Unterricht in den nächsten Monaten. Die eher Unzufriedenen sehen den Präsenzunterricht mehrheitlich als unsicher an.

4 Coronaschutz Zufriedener als vor einem Jahr sind die Eltern mit den Infektionsschutzmaßnahmen an den Schulen. Im Dezember 2020 fanden 47 Prozent der Eltern den Coronaschutz als ausreichend, 39 Prozent hätten sich mehr Vorsichtsmaßnahmen gewünscht. Aktuell finden 55 Prozent der Eltern die Schutzvorkehrungen ausreichend, und nur noch 32 Prozent wünschen sich ein höheres Schutzniveau.

5 Digitales Ein gemischtes Bild ergibt sich bei der Frage nach dem digitalen Fortschritt in den Schulen. Nur zwanzig Prozent der befragten Eltern sagen aktuell, durch die Coronakrise sei die Digitalausstattung der Schulen besser geworden; sechzig Prozent dagegen erklären, dass sich auf diesem Feld nicht viel getan habe. Vergleicht man die aktuelle Umfrage mit dem BaWü-Check vom Dezember 2020, ergibt sich jedoch ein etwas positiveres Bild. Denn da ist der Anteil der Eltern, die die Schule ihres Kindes als eher gut ausgestattet wahrnehmen, von 25 auf 37 Prozent gewachsen; zugleich ist die Zahl der Väter und Mütter um zehn Punkte auf 48 Prozent gesunken, die der Schule ihrer Kinder eine eher oder sehr schlechte Digitalausstattung bescheinigen. Fortschritte werden zwar wahrgenommen, schreiben die Allensbach-Forscher, doch sowohl in Baden-Württemberg als auch auf Bundesebene würden sie als noch völlig unzureichend bewertet.

Die Situation an den Schulen belastet viele. Foto: imago/Rainer Unkel

Was ist der BaWü-Check?

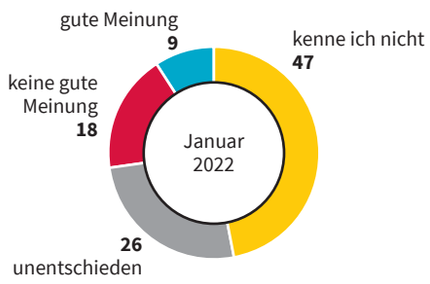
Basis Der Bawü-Check ist eine Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg, die das Institut für Demoskopie Allensbach inzwischen zum achten Mal durchgeführt hat. In diesem Jahr ist es das erste Mal, dass der Bawü-Check den Bürgern im Südwesten den politischen Puls gefühlt hat.

Zeitraum In der Zeit vom 11. bis zum 21. Januar wurden in Baden-Württemberg 1044 erwachsene Personen online befragt. Die Teilnehmer erhielten eine E-Mail und konnten über einen Link zum Fragebogen gelangen. Dieser umfasste 18 Fragen rund um die Corona-Politik der Landesregierung. Die Teilnehmer konnten vorgegebene Antworten anklicken.

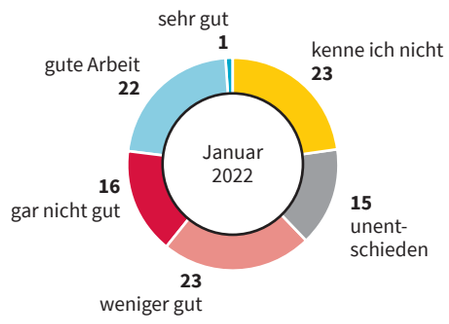
Auswahl Um die Repräsentativität der Befragung zu gewährleisten wurde eine faktorielle Gewichtung der Stichprobe vorgenommen. Diese orientiert sich an den Ergebnissen des Mikrozensus aus dem Jahr 2020. *red*

Der BaWü-Check in ausgewählten Grafiken

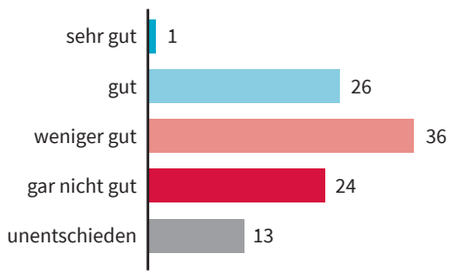
Welche Meinung haben Sie von der Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne)?
Angaben in Prozent, Bevölkerung insgesamt



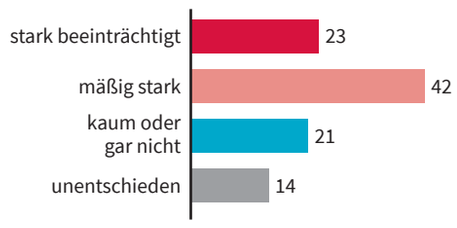
Wie bewerten Sie die Arbeit von Sozialminister Manfred Lucha in der Coronakrise
Angaben in Prozent, Bevölkerung insgesamt



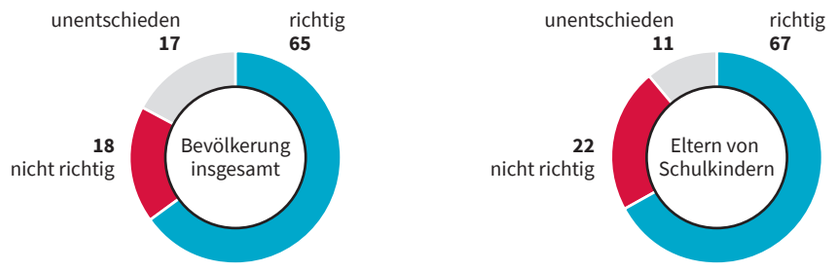
Wie bewerten Sie die Schulpolitik des Landes in der Coronakrise?
Angaben in Prozent, Bevölkerung insgesamt



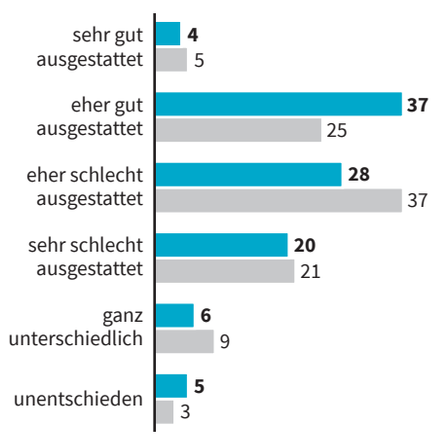
Ist die Gesundheitsversorgung in Ihrer Region durch die Pandemie beeinträchtigt?
Angaben in Prozent, Bevölkerung insgesamt



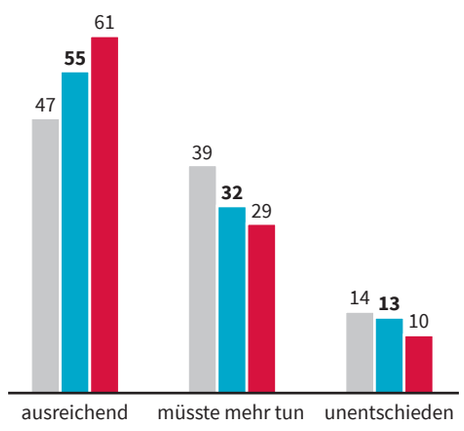
Die Landesregierung hat sich festgelegt, Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen auch während der Pandemie möglichst offen zu halten. Halten Sie das für richtig?
Angaben in Prozent



Wie bewerten Sie die Ausstattung der Schule Ihres Kindes/Ihrer Kinder mit Computern und anderen digitalen Medien? Würden Sie sagen, die Schule ist da ...?
Angaben in Prozent



Wenn Sie einmal daran denken, welche Vorsichtsmaßnahmen die Schule zum Schutz vor Corona getroffen hat: Halten Sie die Vorsichtsmaßnahmen für ...?
Angaben in Prozent



Grafiken: Locke, Zapletal

Quelle: IfD-Allensbach

6 Zeugnis I Nach acht Monaten im Amt ist Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne) fast der Hälfte der Bürger (47 Prozent) und einem Drittel der Eltern von Schulkindern (34 Prozent) noch unbekannt. Die mangelnde Bekanntheit schützt die Ministerin vor allzu schlechten Zensuren, denn die meisten Befragten trauen sich kein Urteil über sie zu. Neun Prozent der Bürger haben eine gute Meinung von ihr, doppelt so viele Bürger bewerten sie negativ. Im Vergleich mit ihrer Vorgängerin Susanne Eisenmann (CDU) zieht Schopper aber deutlich weniger Kritik auf sich. Eisenmann sahen 39 Prozent der Eltern kritisch. Bei Schopper sind es nur 28 Prozent.

Foto: dpa/Sebastian Gollnow

Für viele Bürger macht Manfred Lucha keine gute Figur in der Pandemie.

7 Zeugnis II Nach sechs Jahren im Amt und nach zwei Jahren an der Spitze des zentralen Coronaressorts der Landesregierung bekommt der grüne Gesundheitsminister Manfred Lucha schlechte Zensuren. Nach wie vor kennen ihn 23 Prozent der Bürger nicht; weitere 39 Prozent bescheinigen ihm weniger gute oder gar keine gute Arbeit. Ein positives Urteil geben nur 23 Prozent der Befragten ab. Besonders bemerkenswert ist, dass Lucha bei den Befragten, die ihn kennen und sich ein Urteil zutrauen, noch schlechter abschneidet: 51 Prozent geben ihm negative Noten für seinen Job in der Pandemie.

8 Zufriedenheit Nachdem Corona-Einschränkungen das Leben der Bürger seit zwei Jahren wesentlich mitbestimmen, nimmt die Zustimmung zum Kurs der Landesregierung in der Pandemie ab. Aber immerhin: 45 Prozent der befragten Bürger sind nach wie vor zufrieden mit der Linie in der Pandemie. Dabei entscheiden unterschiedliche Punkte über eine positive oder negative Bewertung. Diejenigen, die mit der Coronakurs unzufrieden sind, stört am meisten, dass die Maßnahmen willkürlich erscheinen und sich widersprechen (67 Prozent). Auf dem zweiten Platz liegt, dass die Vorgaben sich ständig ändern und Planbarkeit fehlt (66 Prozent). 61 Prozent bemängeln, dass die Landesregierung keine Strategie hat. Bei den zufriedenen Bürgern dagegen findet knapp die Hälfte (48 Prozent), dass die Einhaltung der Coronaregeln zu wenig kontrolliert wird, 42 Prozent kritisieren die ständigen Veränderungen, 35 Prozent gehen die Vorgaben nicht weit genug.

9 Gesundheitsversorgung Fast zwei Drittel der befragten Bürger (65 Prozent) gaben an, dass es negative Auswirkungen der Pandemie auf die Gesundheitsversorgung in ihrer jeweiligen Region gibt. Nur jeder fünfte Befragte gab sich überzeugt, dass Corona praktisch keine Auswirkungen in seiner Region hat. Dem widerspricht in gewisser Weise, dass fast die Hälfte (49 Prozent) weiß oder davon ausgeht, dass in den Kliniken der eigenen Region viele wichtige Operationen wegen der Pandemie verschoben werden.